Center for Research in Economics, Management and the Arts

Aufnahmegebühr für Flüchtlinge

Bruno S. Frey und Margit Osterloh

Tages-Anzeiger
Mittwoch, 1. Juni 2016

Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2016-07

CREMA Südstrasse 11 CH - 8008 Zürich www.crema-research.ch

Gastbeitrag Die Flüchtlingspolitik versagt auf der ganzen Linie. Ein an Genossenschaften ausgerichtetes Modell könnte Abhilfe schaffen. *Von Bruno S. Frey und Margit Osterloh**

Aufnahmegebühr für Flüchtlinge

Die bisher praktizierte Sicherung der EU-Aussengrenzen zur Abwehr von Flüchtlingen ist beschämend. Bisher haben wir die Flüchtlinge gewissenlosen Schleppern überlassen. Die Balkanroute ust faktisch geschlossen. Das wird die Preise für die Schlepper nach oben treiben und die Reise für die Flüchtlinge noch gefährlicher machen. Die bisherige Strategie, den Weg zu uns so schwer wie möglich zu gestalten, ist inhuman und versagt auf der ganzen Linie. Gibt es einen Ausweg?

Wir schlagen vor, von allen Migranten eine Aufnahmegebühr zu erheben, ähnlich Gebühren, die man beim Eintritt in eine Genossenschaft zu bezahlen hat. Sie ist ein Ausgleich dafür, dass man am Gemeingut der Gemeinschaft – Schulen, Krankenhäuser, funktionierende Infrastruktur oder soziale Sicherheit – partizipiert, das die bisherigen Mitglieder geschaffen haben. Die Gebühren würden dem Aufnahmeland zufliessen. Dafür könnten die Migranten gefahrlos einreisen und bei uns arbeiten. Wer nach der Einreise als Asylant oder Kriegsflüchtling anerkannt wird, erhält das Geld zurück.

Mit der Höhe der Abgabe kann man die Migration regulieren und uns zugleich das Schicksal einer stacheldrahtbewehrten «gated community» ersparen. Ein solches Vorgehen würde Aufnahmeländern dienen, aber auch den Migranten selbst und den Herkunftsländern. Die Schlepper würden ausgebootet.

Ein Paradigmenwechsel tut not: Flüchtlingsalltag in der Asylunterkunft Oerlikon . Foto: Sabina Bobst

Entlastung der Sozialsysteme

Die Aufnahmeländer erhielten erstens Mittel zur Finanzierung des Aufenthalts und der Integration der Migranten. Zweitens könnten die Eingliederung in den Arbeitsprozess und die Entlastung unserer Sozialsysteme schnell erfolgen und nicht erst nach dem langwierigen Prozess der Registrierung, Prüfung und der Bearbeitung von Einsprüchen. Drittens könnten die Kosten für die Grenzsicherung eingespart werden. Es würden auch die monetären und psychischen Kosten für die Abschiebung nicht anerkannter Flüchtlinge entfallen, ebenso wie die Kosten für die Allgemeinheit, wenn abgewiesene Flüchtlinge in den Untergrund verschwinden. Viertens würde über ein Preissystem die Gefahr der Überforderung unserer Sozialsysteme verringert. Aspiranten auf eine soziale Hängematte würden von vorneherein ausgebremst. Wer sich nicht abhalten lässt, hat einen verstärkten Anreiz, sich zu integrieren. Die Migrationsforschung zeigt, dass höhere Anforderungen an die Migranten die Arbeitsmarktintegration und den schnelleren Erwerb von Sprachkenntnissen fördern. Das alles erhöht die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung.

Für Migranten besteht der erste und wichtigste Vorteil darin, dass sie ohne traumatisierende Erlebnisse einreisen können. Sie erhalten eine Perspektive, die sie nicht zu Bittstellern macht, sondern einen aufrechten Gang ermöglicht. Man den nimmt Migranten bei der Umsetzung unseres Modells die quälende Unsicherheit, ob sie aufgenommen werden oder nicht. Sie erhalten schneller die Möglichkeit, sich bei uns zu integrieren.

In den Herkunftsländern mindert Emigration den sozialen Druck. Die Menschen erhalten eine kalkulierbare Perspektive. Sie werden sich anstrengen, sich die Aufnahmegebühr leisten zu können, etwa durch bessere Bildung.

Die voraussehbaren Einwände gegen unser Modell lassen sich entkräften. Der erste Einwand dürfte sein, dass in unserem Modell nur Personen einwandern können, welche die Kosten für die Integrationsabgabe aufbringen können. Aber auch heute können sich nur diejenigen die Flucht leisten, die genügend Geld für die Schlepper bezahlen. Zuwanderer könnten darüber hinaus einen Kredit aufnehmen, den sie aus dem im Vergleich zu ihrem Heimatland wesentlich höheren Einkommen zurückzahlen. Ein entsprechender Kreditmarkt dürfte leicht entstehen. Er könnte sich am Modell der Mikrokredite orientieren. Auch könnten private Spender oder humanitäre Organisationen die Integrationsabgabe für Bedürftige bezahlen, ebenso wie Firmen, die Mitarbeitende und Auszubildende suchen. Damit würde zugleich ein direkter Bezug zu den Zuwanderern hergestellt, der die Integration zusätzlich begünstigt.

Anerkannte Asylanten und Kriegsflüchtlinge erhielten die Abgabe ganz zurück. Und wer unser Land wieder verlässt, erhielte sie teilweise zurück – als Startkapital für das Leben in der alten Heimat, zusätzlich zu den erworbenen Kenntnissen sowie den Erfahrungen mit einem funktionierenden Sozialsystem.

Gebühr mit Augenmass festelegen

Die Höhe der Integrations- und Steuerungsabgabe muss mit Augenmass festgelegt werden. Keineswegs darf sie nach orthodox-ökonomischen Kriterien bemessen werden, sondern muss psychologische und soziologische Erkenntnisse einbeziehen sowie humanitäre Aspekte und die Aufnahmebereitschaft der einheimischen Bevölkerung erwägen. Sie muss auch die Kosten im Aufnahmeland für die Migranten berücksichtigen. Jedoch lässt sich dazu derzeit noch wenig sagen, solange die Kostenschätzungen der Ökonomen weit voneinander entfernt sind.

Davon abgesehen sind noch viele weitere Details zu klären. Aber wir sind überzeugt, dass mit unserem Modell alle gewinnen würden: die Migranten selbst, die Aufnahme- und die Herkunftsländer.

** Bruno Frey und Margit Osterloh sind emeritierte Wirtschaftsprofessoren der Universität Zürich. Beide sind Forschungsdirektoren am Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema).*